BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	25.11.2023
Tagesordnungspunkt:	EP-W Was Wohlstand schützt

Antragstext

Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt, als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte bündeln.

Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Wir sind schon weit gekommen - mit dem Green Deal haben wir europaweit viele richtige Weichen gestellt. Ab 2050 soll Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen.Vor allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht, auch und gerade um die Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern auch der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass Deutschland und Europa auf den Märkten der Zukunft den internationalen Partnern mindestens auf Augenhöhe begegnen können – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl. Damit wird Europa zur Vorreiterin für nachhaltige Lösungen und kann definieren, dass neue Technologien zum Wohle der Menschen eingesetzt werden. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch Sicherheitspolitik.. Das bedeutet auch, dass wir Kritische Infrastruktur und strategisch wichtige Industriezweige vor geostrategisch motivierten Übernahmen schützen.

Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden, naturnahen Wäldern und sauberen Gewässern, mit Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an unseren Küsten und in unseren Landschaften. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen

Räumen verankert, lässt sich aus den Städten zur Erholung in kurzer Zeit in attraktive Kultur- und Naturlandschaften reisen.

Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs, bezahlbares Wohnen und gute öffentliche Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Er bedeutet Gerechtigkeit und eine faire gesellschaftliche Lasten- und Arbeitsteilung, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie, und wir kämpfen weiterhin für seine Fortführung und die vollständige Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energiegewinnung über Mobilität und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz und Klimaresilienz werden zunehmend auch zu entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktoren. Wollen wir unseren Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz in ganz Europa ausbauen. Wir wollen ein modernes und funktionierendes Bahnnetz für ein klimaneutrales Reisen von Florenz bis Flensburg und von Budapest bis Barcelona fördern und unser Schienennetz damit wirklich gesamteuropäisch aufstellen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die Produktion durch Industrie und Handwerk, um Strom und Wärme, um günstige Energie und klimafreundliche Mobilität für alle zu sichern - nachhaltig und auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt.

Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragrafen und Behörden zu stellen, ohne dabei Qualitätsstandards einzuschränken. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es. Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz gleichermaßen aufzunehmen.

Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und

dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische Herkunft, der Zugang zu Bildung, weder eine Behinderung, noch das Geschlecht, oder die religiöse Überzeugung über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden. Alle Menschen sollen am Wohlstand teilhaben und zu ihm beitragen können.

Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

1. Ein klimaneutrales Europa

In Energiesicherheit investieren

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische Energieversorgung auf dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen. Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige und auf Dauer günstige Energieversorgung, mit der Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa eine Steigerung der Energieeffizienz und eine Dekarbonisierung im Verkehr, in der Industrie und in der Wärmeversorgung, massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Fotovoltaik-, Solar- und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art, sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten, um die notwendigen Vorgaben kontinuierlich im Gleichklang weiter zu entwickeln.

Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird, wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein dezentrales, stabiles und europäisch vernetztes Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere Versorgungssicherheit. Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich gegenseitig beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine europäisch integrierte Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der EU. In Zukunft müssen die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und die Regulierung von Energiespeichern aller Art zielgerichtet auf ein System aus 100% erneuerbarer Energien und die Integration der Verkehrs-, Wärme- und Industriesektoren aus. Das neue Strommarktdesign muss den Stromverbraucher*innen erlauben, von den Kostenvorteilen der Erneuerbaren Energien zu profitieren und gleichzeitig die Refinanzierung der

Erneuerbaren Energien zu sichern. Der Preis von erneuerbarem Strom soll von den steigenden Kosten des Emissionshandels entkoppelt werden. Die dezentrale Natur der Erneuerbaren Energien erlaubt es vielen Menschen und Unternehmen, selbst Strom zu erzeugen. Eigenstromnutzung sollte durch vorteilhafte rechtliche Rahmenbedingungen begünstigt werden, da es nicht nur ihnen Kostenvorteile bringt, sondern auch die Netze und damit die Allgemeinheit entlastet.

Produktionsspitzen der erneuerbaren Energien, für die es im Stromnetz keine Verwendung gibt, sollen gemäß dem Grundsatz "Nutzen statt Abschalten" unkompliziert vor Ort genutzt werden können, beispielsweise für die Elektrolyse, in Batterien oder Wärmespeichern

Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der Energiegewinnung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei, dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Neue Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung lehnen wir ab.

Mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Innovationsförderung ermöglichen wir den betroffenen Regionen diesen Weg in die Zukunft. Unternehmen, Kommunen und vielfältige Bürgerprojekte sind entscheidend für den Erfolg dieses umfassenden Strukturwandels. So stellen wir sicher, dass der neu geschaffene Wohlstand bei den Menschen vor Ort ankommt und schaffen verlässliche Strukturen.

Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied von der Erschließung neuer Öl und Gasfelder nötig.

In der Stromerzeugung wollen wir in Deutschland spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe mehr einsetzen. Wir unterstützen damit das Ende der Förderung von CO2-Quellen in Europa und auf der ganzen Welt. Parallel wollen wir unsere Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa so ausrichten, dass auch darüber hinaus die fossile Förderung und Verbrennung weltweit, im Einklang mit den Pariszielen, bis 2050 beendet werden kann. Wir können und werden das fossile Modell vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff ersetzen.

Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie verstärkt Importabhängigkeiten, ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Wir setzen uns für Sanktionen auf die Importe von Uran und

atomwirtschaftlichen Geschäfte Russlands ein.

Atomkraftwerke sind nicht zuletzt eine Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung in Kriegssituationen. Ihr Bau ist teuer und langwierig. Die Gefahr der atomaren Proliferation ist stets präsent, und der Müll wird noch unzählige nachfolgende Generationen belasten. Daher war die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland ein zentraler Schritt hin zu einer zukunftsfesten und finanzierbaren Energieversorgung und ein großer Erfolg der Anti-Atombewegung.

Und aus diesen Gründen setzen wir uns in der EU gegen die Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung ein. Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren Kosten und Risiken im Preis abbildet.

Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen vorantreiben und zum Beispiel Speichertechnologien oder Kernfusion weiter wissenschaftlich untersuchen wollen. Ob die Fusion oder andere Ansätze in der Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, bleibt Gegenstand anhaltender Forschung, die immer auch Sicherheitsfragen mit betrachtet. Der beschleunigte Ausbau Erneuerbarer Energien muss unabhängig davon umgehend und konsequent umgesetzt werden,
denn er ist ein sicherer Weg zur Lösung der Klimakrise auch für die urbanen Ballungsräume der Zukunft.

Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten an Sektoren, die künftig unter den CO2-Grenzausgleichmechanismus fallen, wird auslaufen. Durch diesen reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel.

Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO_2-Fußabdruck bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll der
erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es muss zuverlässig erreicht werden. Es ist ein großer Erfolg, dass die EU auf den 1,5-Grad-Pfad einschwenkt. Wir wollen eine EU-Klimapolitik, die mit klaren Zwischenzielen ausgerichtet an den wissenschaftlichen Empfehlungen des Klimabeirates der EU sicher zur Klimaneutralität führt. Gleichzeitig wollen wir die europäische Klimapolitik auch in Zukunft so ausgestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird. Das

Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen. Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden. Auch der Sektor Landwirtschaft und Fischerei muss seinen Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten. Neben einer Bepreisung von Klimagasen müssen auch die GAP-Instrumente konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet werden. Mit der Aufnahme von Methan in den Emissionshandel und der neuen Methanverordnung hat die EU wichtige Schritte unternommen, um dieses klimaschädliche Gas entsprechend seines insbesondere kurzfristig hohen Erwärmungspotenzials zu reduzieren. Nun braucht es schnell Vorgaben zum Aufspüren und Schließen von Methanlecks in der Vorkette und einen Schwellenwert für Importe von Kohle, Öl und Gas in die EU.

Natürliche CO2-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen nutzen und das CO_2 direkt bei der Produktion abscheiden, in einer sicheren und stabilen Form speichern und gegebenenfalls im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe nutzen (Carbon Capture Use / Storage, CCU / CCS). Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann dies aktiv gefördert werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip. Eine aktive Förderung von CCS für die Herstellung von blauem Wasserstoff in Deutschland lehnen wir ab. Die Energiewende sowie die Dekarbonisierung in der Industrie ist unsere Priorität. Dieser Schwerpunkt wird sich auch in der Förderung abbilden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich einem verbindlichen Haftungsrecht, dafür schaffen und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO_2-Speicher – entwickeln. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von Schutzgebieten.

In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Die prognostizierten Möglichkeiten, auf diesen Pfad zu kommen, setzen eine aktive Senkung der CO2-Konzentration in der Atmosphäre voraus. Es ist also unumgänglich, sie aktiv zu senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür erforschen und entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre mittelfristig CO_2 wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder, Auen, Moorböden und Meere sind natürliche CO_2-Speicher. Der Schutz und die Wiederherstellung solcher natürlichen CO2-Senken hat auf diesem Weg für uns Vorrang. Sie beeinflussen über das Klima hinaus auch Wasserkreisläufe und das Wetter positiv. Deswegen benötigen wir kluge Regulierung und

verstärkte Förderung für den natürlichen Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren, Renaturierung von Auen und Seegraswiesen, die nachhaltige Verwendung von Holz, sowie die Wiederherstellung naturnaher, artenreicher und strukturreicher Wälder, die eine zugleich ökologisch und ökonomisch nachhaltive Bewirtschaftung in Zukunft befördern. Dafür braucht Europa ein umfassendes Paket "Natürlicher Klimaschutz" zur Umsetzung des Nature Restauration Law, das auch die rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Voranggebieten für Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft. Durch die Reduktion der Tierhaltung in Europa werden auch mehr Flächen für die Wiederherstellung der Natur gewonnen. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die Bioenergie mit CO_2-Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Es gelten, wie bei anderen Technologien, die Prinzipien der Vorsorge und der Technikfolgenabschätzung. Die EU braucht klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die Emissionsreduktionsziele zu handeln.

Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

Grüner Wasserstoff, also Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, kann Energie speichern und transportabel machen. Er ist ein wichtiger Bestandteil unserer zukünftigen Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger in vielen Fällen ersetzen, in denen Elektrifizierung keine Option ist. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Zeiten von überschüssigem Wind- und Solarstrom hat zudem eine stabilisierende Wirkung bei der Integration von erneuerbaren Energien in unser Stromnetz. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa Vorreiterin in der Wasserstoffwirtschaft wird. Um die derzeit recht hohen Kosten und Effizienzverluste bei der Wasserstoffproduktion und dem Transport zu senken, unterstützen wir auch weiterhin die Erforschung und Entwicklung in diesem Technologiebereich. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

Wir wollen die Investitionen in ein neues transeuropäisches Wasserstoffkernnetz erhöhen, um durch die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur und den Bau von anschlussfähigen neuen Pipelines wie H2Med grünen Wasserstoff aus den sonnen- und windreichen Regionen Europas in die europäischen Industriezentren zu transportieren. Um die Netzausbaukosten zu minimieren und möglichst frühzeitig regionale Wasserstofferzeugung und -verwendung zu ermöglichen, beschleunigen wir parallel den Aufbau einer dezentralen Wasserstoffinfrastruktur. Diese verzahnen wir mit dem Ausbau der Stromnetze und einer sektorübergreifenden europäischen Speicherstrategie, die auch die Prozess- und Abwärmepotenziale der Industrie einbezieht. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und strategische Partnerschaften für dessen weltweiten Handel ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer, die wir auch nach Demokratie- und Menschenrechtslage evaluieren, können wir auf diesem Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten vermeiden. Durch faire Partnerschaften auf Augenhöhe, das Teilen von Know-how, bessere Zugänge zu erneuerbaren Energien und den Schutz der lokalen Wasserversorgung

ermöglichen wir es den Ländern des Globalen Südens, sich in die Wertschöpfungskette zu integrieren und von der grünen Energiezukunft zu profitieren. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für hohe Standards für die Zertifizierung von grünem Wasserstoff ein. Den Import von Wasserstoff, der nicht mit erneuerbaren Energien synthetisiert wurde, wollen wir möglichst vermeiden.

Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO_2-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die Produktion von Grundstoffen wie Stahl-, Glas-, Papier- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir in der Zukunft grünen Wasserstoff bei geringer Solar- und Windenergiegewinnung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, wenn dies ökonomisch geboten ist oder um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Dieser Prozess verlangt uns allen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO2 produzieren. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen**.** Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre

Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern. Hohe energetische Standards für Neubauten sind hierbei ein weiterer wichtiger Baustein. Bei der Sanierung von Bestandsbauten wollen wir durch gezielte Investitionen die Wohnkosten senken. Wir setzen dabei vor allem auf Beratung sowie sozial gestaffelte und ausreichend große finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne oder integrierte Energie-Infrastrukturpläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie beispielsweise Abwärme energieeffizient genutzt werden kann.. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann. Wir treten zudem für strengen Emissionsschutz bei sämtlichen Anlagen ein, die Verbrennungsprozesse nutzen, um das Recht auf saubere Luft zu sichern. Holz ist ein wertvolles Naturmaterial, das in Häusern und Möbeln genutzt werden soll, auch als CO2-Speicher. Im Rahmen einer Kaskadennutzung sollte die energetische Nutzung auf Rest- und Abfallhölzer beschränkt werden.

Mit einem effizienten und gerechten Strommarktdesign, transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten, einer Flexibilisierung der Verbraucherseite sowie einem intelligenten Lastmanagement kommen die Vorteile der günstigen erneuerbaren Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen an. In einem ersten Schritt schützen wir durch die Umstellung der Förderung von erneuerbaren Energien auf zweiseitige Differenzverträge mit Ober- und Untergrenzen für die Erlöse der Stromerzeugung die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten.

Dabei soll der Preis von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels entkoppelt werden. Mit einer eindeutigen europäischen Regulierung von Energiespeichern aller Art wollen wir dere Marktintegration vorantreiben un die dringend benötigten Flexibilisierungspotenziale heben. Langfristig braucht es ein Strommarktdesign, das die Refinanzierung der Erneuerbaren Energien sicher stellt und gleichzeitig dafür sorgt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher von den Kostenvorteilen von günstigem Wind und Sonnenstrom profitieren.

2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

In Innovation, Souveränität und Resilienz investieren

Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat uns
in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns

als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem
voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

Industriepolitik aktiv gestalten

Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist. Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen der EU für
Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die auf Europas Stärken aufbauend Schlüssel- und Zukunftsindustrien zurückholt, entwickelt und skaliert. Sie setzt bei der Forschung an und reicht über die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Solaranlagen, Windräder, Energiespeicher, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und hergestellt werden. Ziel und Mission unserer Industriepolitik ist es, Jobs und Wohlstand in Europa zu sichern, indem wir den Standort Europa stärken und klimaneutral erneuern. Der Aufbau einer europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des Industriestandortes Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschungel entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische

Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt wird, schnell und wirksam zu handeln. Zusätzlich müssen wir für die klimaneutrale Erneuerung der Industrie privates Kapital mobilisieren. Die Skalierung der erneuerbaren Energiewirtschaft braucht klare Ziele, ein strategisches Management der Wertschöpfungsketten und eine koordinierte europäische Strukturpolitik.

Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern und neue Wertschöpfungsmöglichkeiten in den Blick nehmen.

Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. Bis das in ausreichendem Maß der Fall ist, wollen wir insbesondere mit geeigneten, an den Einsatz von erneuerbarem Strom geknüpften, Maßnahmen sicherstellen, dass auch energieintensive Unternehmen weiterhin in Europa produzieren können und den Übergang zur Klimaneutralität schaffen.

Unter anderem deshalb wollen wir die Unternehmen mit einem europäischen Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO2 einsparen. Dabei wollen wir alle Industriesektoren in den Blick nehmen. Zusätzlich wollen wir europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang setzt. Außerdem wollen wir der Industrie die Flexibilisierung ihres Stromverbrauchs ermöglichen und entsprechende Anreize setzen, damit sie bereits heute von den Preisvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren kann und die Netzinfrastrukturkosten gesenkt werden. Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen. Langfristig wollen wir unsere Wirtschaft stärker am Gemeinwohl orientieren.

Den Binnenmarkt stärken

Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27 verschiedene befolgen.

Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen Unternehmen durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft.

Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

Eine stabile europäische Wirtschaft sichert unseren Wohlstand. Mit guten Arbeitsbedingungen, sicheren Jobs, anständigen Löhnen und Weiterbildung gewinnen und halten wir die dafür notwendigen Arbeits- und Fachkräfte. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit einer Ausbildung in Handwerk, Industrie oder öffentlichem Dienst. Wir wollen, dass alle zum Wohlstand beitragen können - und er allen zugute kommt, die ihn erarbeiten. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Davon hängt auch das Gelingen der

Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von außerhalb gewinnen. Auch Geflüchtete, die zu uns kommen, sollten arbeiten dürfen und schnellen Zugang zu Sprachkursen haben.

Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik, die soziale Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und demokratischer Teilhabe mitdenkt.

Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe aus Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, bei der EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen
entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte Teilhabe und Bezahlung der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können. Gleichzeitig wollen wir die Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Anerkennung von überwiegend weiblich besetzten Berufsfeldern gezielt verbessern.

Menschen mit Behinderungen bieten mit ihren vielfältigen Kompetenzen ein großes Fachkräftepotenzial. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen.

Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen um Fachkräfte. Vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zum Pfleger im Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-Initiative auf nicht-akademische Berufe ausgeweitet werden, sofern ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen vorliegt. Gleichzeitig kann Anwerbung und Migration von Fachkräften auch zu ernsthaften Herausforderungen für die Herkunftsregionen führen. Unser Ziel ist deswegen, dass die EU verstärkt in eine partnerschaftliche Ausbildung von Fachkräften investiert - zum Vorteil des Arbeitsmarkts im Herkunftsland wie auch in Europa.

Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen, wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt werden.

3. Stabile Finanzen

Europa finanziell wappnen

Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem relevanten Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu treffen.

Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Für die Bewältigung großer Herausforderungen haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und für eine Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die Ausgaben verwalten.

Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen, die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen.

In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch die Einnahmen aus dem neuen CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-Haushalt zufließen.

Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz verstetigen wir die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme.

Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten Jobs sicher schützen können. Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit Europa von einer Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion wird. Indem wir strukturelle Hindernisse für grenzüberschreitende Kapitalströme abbauen, verbessern wir die Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), setzten Potenzial für Investitionen frei und machen zugleich unser Finanzsystem robuster.

Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen. Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln sind zu restriktiv formuliert und haben in der Summe notwendige Investitionen in vielen EU-Mitgliedstaaten verhindert, während sie gleichzeitig für die Europäische Kommission nicht mehr sinnvoll und nachvollziehbar anwendbar waren. Deshalb streiten wir für eine ambitionierte Reform, die mehr Transparenz und mehr Spielraum für Investitionen schafft, und deren Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

Zu einer krisenfesten Währungsunion gehört auch, dass alle Mitgliedstaaten innerhalb der Gemeinschaft möglichst ausgewogene Leistungsbilanzen haben, um gefährliche Ungleichgewichte
zu vermeiden, die etwa durch Unterbietungswettbewerbe bei Löhnen, Steuern und sozialen Sicherungssystemen entstehen können.

Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Buchgeld der Geschäftsbanken und zum Bargeld, welches weiterhin als barrierefreies Zahlungsmittel möglich bleiben wird. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter leisten.

Finanzmärkte verantwortungsvoll gestalten

Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf funktionierende Finanzmärkte angewiesen. Wir wollen die Verantwortung aller Finanzmarktakteure stärken - für Investitionen von

Unternehmen, für Arbeitnehmer*innen, für das Gemeinwohl. Über starke Finanzmarktregulierung wollen wir Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wohnen und Gesundheit, vor Spekulation schützen. Um Spekulationen und die Orientierung an kurzfristigen Zielen an den Finanzmärkten einzudämmen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen.

Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sein. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer deutlich höheren ungewichteten Eigenkapitalquote von mindestens 10%, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Die wechselseitige Abhängigkeit von Staaten und Banken soll reduziert werden. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, Konzentrationsrisiken in Bankbilanzen, auch durch Staatsanleihen, weiter einzudämmen. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren, sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen, Versicherer und Pensionsfonds Klima- und Biodiversitätsrisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden. Darüber hinaus wollen wir die Vorschläge der EU Kommission zur Ausgestaltung sozialer Instrumente, etwa einer sozialen Taxonomie, aktiv begleiten, um Investitionen auch stärker in soziale Sektoren zu lenken.

Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und

ein
staatliches Labelsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer Wirtschaft leistet.

Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich machen. Missverständliche Formulierungen, unzureichende Labels sowie intransparente Funktionsweisen von Finanzprodukten wollen wir unterbinden.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sollen durch einen politisch geschärften Auftrag eine noch stärkere Rolle in der Förderung der klimaneutralen Erneuerung der Wirtschaft spielen.

4. Steuergerechtigkeit

Steuerhinterziehung bekämpfen

Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen

Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in Niedrigsteuerländer
zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und besonders kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann

hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen in
Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen anzunehmen –
die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin. Wir wollen außerdem künstliche Intelligenz zur Aufdeckung von Steuerbetrug und zur Erkennung von Schlupflöchern diskriminierungsfrei einsetzen.

Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.
Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

Steuerdumping beenden

Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen im
Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen
Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung oder
Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen digitaler Dienste verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit können
sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die Mindestbesteuerung
ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell

stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

Wir setzen uns dafür ein, die marktdominierende Stellung der großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu adressieren. Dafür braucht es eine klare Trennung zwischen Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, vermehrte Joint Audits und eine nachhaltige Reduktion der finanziellen Verknüpfung zwischen Prüfern und den zu prüfenden Unternehmen.

Gemeinwesen solidarisch finanzieren

Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen einen fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik handlungsfähig sein. Wir unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Einführung und Umsetzung von geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung der Vermögensungleichheit. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft gestiegene Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument einer gegebenenfalls progressiv ausgestalteten Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung ins

Ausland
müssen geschlossen werden.

5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und

Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Wissenschaft unterstützt, ein Schlüsselelement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen, dass die nächsten großen Durchbrüche in den Bereichen der klimafreundlichen Mobilität, der Informationstechnologie oder der Behandlung von Krankheiten wie ME/CFS, Krebs oder Alzheimer
in Europa erdacht und produziert werden. Daher müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa deutlich steigen.

Im Zentrum steht dabei das Programm Horizon Europe, das die Forschungsaktivitäten der EU bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr beliebtes Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten europäischen Finanzrahmen ausbauen.

Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions- und anwendungsorientierte Forschung und den Transfer beinhalten. Zentral dafür ist die Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizon Europe eine feste Quote von 35 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Künftig wollen wir auch eine wesentlich stärkere Förderung für die Biodiversitätsforschung etablieren. Wir treten für eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und Geisteswissenschaften einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen und dabei auch kritische Wissenschaften Berücksichtigung finden, denn sie sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie. Indem sie ein besseres Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten schaffen, helfen sie dabei die multiplen Krisen mit ganzheitlichen Lösungsansätzen zu bewältigen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lehrt uns, dass die Friedensforschung und die Forschung rund um die Länder Osteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens intensiviert werden müssen. Die Zusammenarbeit europäischer und ukrainischer Hochschulen wollen wir fördern. Open Access, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse und Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sein sollen, wollen wir als Prinzip von Horizon Europe weiterhin stärken und in internationaler Zusammenarbeit unterstützen.

Horizon Europe ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizon Europe

muss zugänglicher und internationaler werden. Hierfür wollen wir die Antragsverfahren vereinfachen, entbürokratisieren und weitere Partnerländer einbinden. Bei Wissenschaftskooperationen mit außereuropäischen Partner*innen gilt es, europäische technologische Souveränität zu schützen und Wissenschaftsfreiheit zu garantieren.

Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wir setzen uns für Standards und Transparenzrichtlinien bei der Beauftragung von wissenschaftlichen Studien und Gutachten ein.

Aus Ideen Wohlstand machen

Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir wollen Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und ihre Ursachen zu verstehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale Lösungen und Konzepte gegen soziale Ungleichheit. Die Missionen von Horizon Europe sollen sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft und die Wirtschaft zusammenbringen.

Innovationspolitik ist ein wichtiger Teil unserer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe so ausbauen, dass die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützt werden. Um die Teilnahme an Förderprogramme auch für KMU, kommunale Institutionen und NGOs attraktiver zu machen, soll die Beantragung und die Dokumentation der Projekte möglichst vereinfacht werden.

Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und die öffentliche Hand gemeinsam an den notwendigen Lösungen für die Zukunft arbeiten. Solche Cluster von Forschung, Lehre und Praxis sind zentral, um Innovationen zu fördern, schneller in die Anwendung zu bringen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen. Dabei sollen neben den Universitäten auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen in den Blick genommen werden.
Bislang profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Um das zu verbessern, wollen wir die Antrags- und Finanzierungsbedingungen der einschlägigen Programme in den Blick nehmen.

Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt beispielsweise für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC), die sich besonders der Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. Durch

eine Stärkung des Wissensdreiecks von Hochschulbildung, Forschung und Innovation können wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in zentrale Zukunftsthemen einzubringen.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten hier eine Transparenzinitiative starten, bestehende Partnerschaften überprüfen und sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen Förderinstrumenten profitieren. Neben den bewährten Forschungsformaten sind auch Langzeitstudien ein wichtiger Beitrag zu einer ausgewogenen Forschung.

Raumfahrt ist entscheidend für Europas technologische und strategische Souveränität. Europa muss deshalb eine führende Rolle in der Raumfahrt spielen und braucht einen unabhängigen und zuverlässigen Zugang zum Weltraum. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Raumfahrtindustrie unter dem Grundsatz "New Space", etwa durch die Förderung neuer Technologien und einen europäischen Launcher-Wettbewerb. Wir fördern das EU-Weltraumprogramm, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und das Astronaut*innenprogramm. Mit einem europäischen Weltraumgesetz gehen wir international voran, gewährleisten Nachhaltigkeit und schaffen Wachstumschancen und Rechtssicherheit für europäische Unternehmen.

Mit Europäischen Start-ups durchstarten

Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier entstehen Start-ups und Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen einfacher und schneller werden. Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedstaat One-Stop-Shops gibt. Dort finden Gründer*innen Begleitung un Beratung aus einer Hand. Ein digitaler Kompass soll einen Überblick über alle Förderprogramme für Gründer*innen bieten. Mit einem Klick ohne Umwege zur Antragstellung - das ist unser Ziel.

Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für junge Unternehmen, damit der Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert wird. Mit einer europäischen Start-up Strategie bündeln wir wichtige Maßnahmen für besseren Zugang zu Wagniskapital, zur Gewinnung von Talenten und zu öffentlichen Aufträgen für junge Unternehmen. Dabei soll auch das Potential von unterrepräsentierten Gruppen, insbesondere Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte besser genutzt und unterstützt werden, so dass ihre Ideen gerechte Chancen auf Umsetzung haben.

Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Gründungen in der Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische Matching Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen, eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft. Eine gute Innovationsförderung besteht auch

darin, gute und verlässliche Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Wirtschaft umsetzen und nachhaltig zu sichern.

Für die Stärkung innovativer Start-ups und klimafreundlicher Industrie, gerade in grenzüberschreitenden Regionen, möchten wird den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE) ausbauen und verstärkt nutzen.

Mittelstand und Handwerk fördern

Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen bieten
das Handwerk und KMU Arbeitsplätze und Stabilität. Sie entwickeln, produzieren, installieren und warten beispielsweise Zukunftstechnologien wie Solaranlagen und Wärmepumpen. Europa lebt
vom Miteinander und den Problemlösern vor Ort. Gerade aber KMU, von Industrie bis Handwerk,

werden im Verhältnis besonders stark durch die Einführung neuer Regelungen und bürokratische
Hürden bei Förderprogrammen belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU entsprechend dem
„Think small first“ Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen bei der Umstellung. Die Ausbildung in den Handwerksbetrieben fördern wir besonders. Durch vereinfachte Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten erleichtern wir den Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Wir bevorzugen, wenn möglich und gleich effektiv, eine gestufte und flexible Regulierung für Unternehmen anstatt einer harten Regulierung. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.

Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen. Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der

datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

6. Digitale Souveränität

Europa digital fit machen

Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer Digitalisierung, die aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen Bürger*innen entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst positionieren und einen großen Schritt machen, um attraktiver Standort für Talente und innovative Unternehmen zu sein und so die rasante digitale Entwicklung mitzugestalten. Wir wollen deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte, Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, sei es die Produktion und Entwicklung von Halbleitern, Satellitenkommunikation oder Mobilfunktechnik. Die Anbindung an die globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit starken europäischen Akteuren gestalten.

Digitale Souveränität bedeutet die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und -kommunikation in Europa. Auch hier können wir auf starke europäische Unternehmen in verschiedenen Sektoren setzen und stärken diese Entwicklung mit einer Bündelung von Maßnahmen zum Beispiel zielgerichteten Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms für Innovation, Souveränität und Resilienz.

Dabei setzen wir uns, wo immer es möglich ist, für die Bevorzugung von freier und quelloffener Software und Open Data Lösungen ein. Gerade bei kritischen Infrastrukturen muss die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass es europäische Standards zur IT-Sicherheit ohne Hintertüren und innovative digitale Angebote "made in EU" gibt, beispielsweise Software zur Steuerung von Energie- und Wasserversorgung, Bahninfrastruktur oder auch Krankenhausinformationssystemen.

Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis handhabbar zu machen.

Künstliche Intelligenz europäisch gestalten

Die Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Bildung und Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.

Gleichzeitig zeigen sich durch die rasanten Fortschritte von KI neue Risiken. Diese reichen von großflächigen Cyberattacken durch KI-unterstützte Schwachstellensuchen über die strukturelle Benachteiligung von gesellschaftlichen Gruppen bis zu Risiken wie fehlerhaften Situationsbewertungen beim autonomen Fahren. Wir wollen KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen, um einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Gleichberechtigung zu gewährleisten. Wir unterstützen daher Forschung und Technologiefolgenabschätzung, die die Einführung dieser Technologie begleiten sollen, und setzen uns für eine Regulierung nicht nur auf europäischer sondern auch auf globaler Ebene ein. Wir unterstützen den Ansatz, KI-Anwendungen hinsichtlich ihres potenziellen Risikos zu regulieren und wo erforderlich die zugrundeliegenden Quelldaten transparent zu machen.

Mit dem EU AI Act macht Europa einen großen Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen die Potenziale von KI gestalten und nutzbar machen. Dafür benötigen wir neben Verfügbarkeit von Rechenkapazität auch Fachkräfteförderung, eine bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

Neben der internationalen Etablierung von ökologischen IT-Standards wollen wir Nachhaltigkeitsstandards für Software-Designs entwickeln und implementieren, zudem wollen wir energieintensive Rechenzentren künftig klimaneutral betreiben. Für Software und vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen, Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Wir fordern einen Digital Sustainability Act auf EU-Ebene, um die Innovationskraft der Unternehmen in den Informationstechnologien stärker auf Nachhaltigkeit auszurichten. Zudem wollen wir eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

Daten rechtebasiert nutzen

Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche Probleme anzugehen sowie soziale und ökologische Innovationen zu fördern, Ressourcen zu schonen und die wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

Wir wollen, dass Europa bei der Verfügbarkeit von Daten einen entscheidenden Schritt voran geht, da diese kritisch für unsere Wettbewerbsfähigkeit sind. Das betrifft die Entwicklung

von KI, den Erfolg europäischer KI-Modelle und unsere Innovationsfähigkeit insgesamt. Dafür wollen wir nicht-personenbezogene Daten rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich machen. Für den leichteren Zugang zu personenbezogenen Daten prüfen wir Verfahren zur Anonymisierung, Pseudonymisierung und die Möglichkeiten synthetischer Datengenerierung. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung ihre Daten in maschinenlesbaren Formaten veröffentlicht.Projekte wie die Smart City Barcelona können ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation vorangetrieben werden.

Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den vergangenen Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von personenbezogenen Daten gesetzt.

Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte wirksam zu schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen. Die anstehende Evaluation der DSGVO wollen wir nutzen, um die Regelungen bei gleichbleibendem Datenschutzniveau zu vereinfachen und praxistauglicher zu machen, auch um den besonderen Bedürfnissen von KMU und Start-Ups Rechnung zu tragen.

Durch die Digitalisierung von Datenschutzvereinbarungen und einer automatisierten Auskunftsmöglichkeit über erhobene personenbezogene Daten sehen wir weitere Potenziale, Nutzer*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Damit ermöglichen wir Nutzer*innen mehr Transparenz und Kontrolle über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

Digitale Standards setzen

Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A und O einer erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale

Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität: Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne manuelle Zuarbeiten oder Medienbrüche. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher

Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM). Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa riesige Chancen bieten.

Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen. Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese demokratische Governance zu wachen und für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen. Diese Standards sollen frei verfügbar und ohne Lizenzgebühren nutzbar sein. Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

Verbraucherschutz digitalisieren

Desinformation und Hass nehmen immer mehr Raum in digitalen Medien ein und gefährden das

soziale Miteinander. Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen in der Gesellschaft und unserer Demokratie muss sich im Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem
DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, dass ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig

Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs
Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Dabei sind gerade auch die werbe- und trackingbasierten Geschäftsmodelle auf den Prüfstand zu stellen, deren Algorithmen bevorzugt emotionalisierende Inhalte zeigen, um Nutzer*innen an die jeweilige Plattform zu binden.

Jetzt gilt es, den DSA und den DMA in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch Datenzugänge gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von Verbraucher*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;
hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch
zu Grundrechtsverletzungen dieser Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

Ergänzend zu den Regeln des digitalen Verbraucherschutz ist auch die digitale Bildung ein wichtiger Baustein, um die Rechte und die Teilhabe aller Bürger*innen an der digitalen gesellschaftlichen Debatte zu gewährleisten und ihre Informationskompetenz zu stärken.

Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass KMU ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Digitale Geschäftsmodelle müssen sparsam mit der Nutzung
personenbezogener Daten umgehen. Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste miteinander
in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

7. Kreislaufwirtschaft

Ressourcenverbrauch und Rohstoffabhängigkeiten reduzieren

Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen trägt zu den ökologischen und sozialen Krisen unserer Zeit bei. Wir werden uns daher auch auf europäischer und internationaler Ebene für verbindliche Ressourcenschutzziele einsetzen, um den absoluten Ressourcenverbrauch
zu senken, damit unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen kommt.

Für eine klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe, denn sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach. Laut Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser

Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Eine besonders wichtige Rolle nimmt dabei die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Sekundärmaterialien ein. Wir setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte Nachhaltigkeitsziele verfolgt. Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz wollen wir zeitnah noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal und den Aktionsplan für eine Kreislaufwirtschaft und unter Einhaltung der Abfallhierarchie umsetzen. Dabei setzen wir auf ambitionierte Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Rezyklateinsatzziele, sowie mehr Ecodesign statt Downcycling.

Zirkulär wirtschaften

Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for Re-Use, Repair and Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind. Wir treten für eine Kreislaufwirtschaft ein, die den Erhalt und die Sanierung des Gebäudebestands priorisiert, die Wiederverwendung von Bauprodukten fördert und den Ausbau von digitalen Bauteilbörsen unterstützt. Wir setzen auf ökologische und recycelte Bauprodukte, den digitalen Gebäudepass und einen digitalen Baustoff- und Bauteilpass.

Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur stärken, eine Pflicht zur Bereitstellung von Ersatzteilen einführen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren. Transparenz und Verlässlichkeit für Verbraucher*innen durch einen Haltbarkeits- und Reparaturindex etwa für Haushaltsgroßgeräte und längere Gewährleistungsfristen können dabei zentrale Ansätze sein. Auch das Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende haben. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten stärken, Produkte unter sozialgerechten Rahmenbedingungen zu mieten und zu leihen.

Wir wollen auf der EU-Textilstrategie aufbauen und eine kreislauffähige Textilproduktion mit besserer Haltbarkeit, Reparaturmöglichkeit, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit erreichen. Dafür wollen wir alternative Geschäftsmodelle wie Reparatur, Miet- und Sharing-Dienste für Textilien fördern.

Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen Abfallverbringungsverordnung den Riegel vorschieben. Wir wollen weltweit die Plastikverschmutzung stoppen und setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden. Die EU soll bei den derzeit laufenden Verhandlungen über ein globales Plastikabkommen für weltweit verbindliche Regeln für nachhaltiges Produktdesign und zur Förderung von Plastikvermeidung, Mehrweg und Recycling eintreten.

Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz, damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards ambitioniert voranbringt. Den Abbau von Rohstoffen im Tagebau wollen wir möglichst reduzieren.

Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen, aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen von digitalen Lösungen nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen wir neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen Primärrohstoffen.

Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit einführen und gegenüber Einwegverpackungen Vorrang einräumen. Um die nationalen Sammelquoten für Batterien zu erreichen, wollen wir ein europaweites Pfandsystem für Batterien schaffen. Eine Wiederverwendung hat dabei immer Priorität vor dem Recycling. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte durch weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von Natrium-Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

Rohstoffpartnerschaften schließen

Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen. Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern weltweit vertiefen und diese dadurch bei der Um- und Durchsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und internationaler Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht einseitig am europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam grüne Lieferketten der Zukunft aufbauen und die Bevölkerung dadurch an den Gewinnen aus dem Ressourcenabbau beteiligen. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

8. Moderne Mobilität

Europas Verkehrswende voranbringen

Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa klimafreundlich, barrierefrei, sicher und bezahlbar mobil zu sein. Wir setzen uns dafür ein, dass klimafreundliche Mobilität auch preislich am attraktivsten und für alle erschwinglich ist. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen Personenkraftwagen komfortabel bewegen können. Damit das gelingt, modernisieren wir das europäische Bahnnetz und machen es zum Rückgrat der Infrastrukturunion. Für eine erfolgreiche Verkehrswende in ganz Europa brauchen wir grenzüberschreitend moderne, gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge, ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, barrierefreien Fußgängerverkehr, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimafreundlichen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren. Dazu tragen integrierte Stadtentwicklung und Raumplanung mit dem Konzept der kurzen Wege entscheidend bei. Mit dem Instrument der Sustainable Urban Mobility Plans (SUMPs) wollen wir dies in allen größeren Städten Europas voranbringen. Innovative Verkehrsmittel und neue Mobilitätslösungen wie beispielsweise Seilbahnen oder autonom fahrenden ÖPNV wollen wir unterstützen.

Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter entwickelt wird, auch um damit klimafreundlichen Tourismus in Europa zu fördern. Dafür muss der Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V) Schiene deutlich schneller und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU erfolgen. Auch die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die

Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschiffahrt schaffen. Dafür benötigen wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte Verkehre, an denen LKW-Ladungen auf Züge umgeladen werden können. So machen wir den umweltfreundlichen Transport von Gütern wettbewerbsfähiger, verlässlicher und günstiger. Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europatakt ausbauen.

Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des barrierefreien
Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise, eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne Schlafwagen ein.

Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

Tickets einfach buchen

Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten einschließlich Sharing-Angeboten sowie Ein- und Ausstiegshilfen für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten, Fahrzeiten, zur Barrierefreiheit sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen
einfacher erfolgen.

Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwerten Reisen einladen und deshalb die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen betrieben wird.

Auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung des Open-Data-Prinzips mit offenen Schnittstellen dafür sorgen, dass europaweit Mobilitätsangebote für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um klimafreundliche und barrierefreie Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die Fahrradmitnahme ermöglichen und das Recht auf Mittransport notwendiger Mobilitätshilfen kostenlos sicherstellen.

Daneben wollen wir in Europa das Flatrate-Prinzip im ÖPNV stärken, das wir mit dem Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll

auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden. So erreichen wir Schritt für Schritt, dass man mit einem Europaticket den Nahverkehr in der gesamten EU nutzen kann.

Antriebswende umsetzen

Für klimaneutrale Mobilität wollen wir umfassende Angebote gestalten: Ein attraktiver ÖPNV ermöglicht eine Verkehrswende, und im Zusammenspiel mit integrierter Stadtplanung für kürzere Wege sogar eine Mobilitätswende. So ermöglichen wir komfortable Fortbewegung auch ohne eigenes Auto mit zuverlässigen und kostengünstigen Angeboten für alle. Und für das Klima arbeitet im Kern der Mobilitäts- und Verkehrswende die Antriebswende, die dafür sorgt, dass sich die Dinge klimaneutral und leise bewegen. Es muss das Prinzip gelten, so viele Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Den Einsatz von grünem Wasserstoff und den darauf basierenden E-Fuels unterstützen wir im Schiffs- und Luftverkehr.Im Straßenverkehr jedoch lehnen wir den Einsatz von E-Fuels aufgrund von mangelnder Energieeffizienz, sowie ebenfalls mangelnder Klima- und Umweltfreundlichkeit ab. Grünen Wasserstoff fördern wir im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.

Die Automobilindustrie bietet als zentraler Industriezweig viele Arbeitsplätze. Wir wollen die Industrie - und inbesondere die dort Beschäftigen - auf dem Weg zu klimaneutralen und ressourceneffizenten Mobilitätsangeboten unterstützen. Die EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Bis 2030 sollen Emissionen bei neuen PKW zudem gegenüber 2021 um
55% reduziert werden. Die CO2 Reduktion der PKW Antriebe bis 2035 soll dabei konsequent und

noch ambitionierter als bislang beschritten werden. Das ist gut für den Wirtschaftsstandort Deutschland, den Klimaschutz und die Verbraucher*innen. Nun wollen wir sicherstellen, dass mit einem E-Auto ebenso problemlos zum nächsten Bahnhof wie in den Familienurlaub gefahren

werden kann. Den Grundstein für eine flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel haben wir bei der Reform der Verordnung über alternative Kraftstoffe gelegt: In den nächsten Jahren werden ausreichend Ladepunkte für Pkw und Lkw an Fernstraßen und im ländlichen Raum errichtet. Ladepunkte müssen ihre Preise transparent ausweisen. Kund*innen müssen einfach, transparent und ohne überhöhte Roaminggebühren bezahlen können. Auch für E-Fahrzeuge wollen wir Anreize schaffen, sie leichter und noch energieeffizienter zu machen.

Der Anteil des Güterverkehrs, der auf der Straße bleibt, wird in Zukunft zu einem weit überwiegenden Teil batterieelektrisch abgewickelt. Dazubraucht es den schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen entlang der europäischen Fernstraßen, in den Depots und Güterverteilzentren. Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt und werden dies weiter tun. Gleichzeitig braucht es eine effiziente Ertüchtigung der Netze, um sie für die neue Aufgabe zukunftsfähig aufzustellen.

Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch Effizienzstandards stärker an Kreislaufwirtschaft, sowie genereller Energie- und Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller

schaffen, um leichtere und effizientere Lösungen anzubieten und Emissionen, beispielsweise durch Reifen- und Bremsabrieb zu reduzieren. Mit verbraucher*innenfreundlichen Informationen über Gewicht und CO2-Fußabdruck von Fahrzeugen sorgen wir für mehr Transparenz und erleichtern Kaufentscheidungen.

Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin, fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen. Für Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Landstromversorgung. So werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit angehören. Wir erarbeiten eine Europäische Hafenstrategie, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Häfen sicherstellt sowie die Resilienz des europäischen maritimen Standorts auch gegenüber ausländischen Investoren stärkt, die den Erwerb und sonstige Kontrolle der europäischen maritimen Infrastruktur im Blick haben. Die Hafenstrategie optimiert den Investitionsbedarf, stärkt unseren Kontinent bei globalen Versorgungsketten und schützt vor zu viel Einfluss von autoritären Staaten. Wir benötigen sie zudem, um weitere ökologische Schäden durch Standortwettbewerb um immer tiefere Fahrrinnen zu verhindert. Für eine gute Hinterlandanbindung fördern wir Bahn und Binnenschifffahrt. Durch die Einbeziehung des Schiffverkehrs in den EU-Emissionshandel, erreichen wir eine verbindliche Emissionsminderung.

Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen Technologien. Die Verlagerung des Flugverkehrs hin zu klimafreundlicheren Alternativen - insbesondere für Kurzstrecken - bleibt dabei unser Ziel. Wir fordern die europaweite Einführung einer Luftverkehrsabgabe in Anlehnung an den Energiegehalt, ähnlich wie sie in Deutschland bereits erhoben wird. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Europäische Fluggesellschaften sollen dadurch nicht gegenüber
ihren internationalen Mitbewerbern benachteiligt werden.

Verkehr sicher machen

Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Sie hat das Ziel, dass es keine Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten mehr gibt. Wir setzen uns für eine sichere Verkehrsinfrastruktur für alle, insbesondere für Kinder und ältere Menschen ein. Kommunale Entscheidungshoheit über Tempo 30 innerorts sowie ein EU-weites Tempolimit auf übergeordneten Straßen bleiben unser Ziel. Die freiwillige Nachrüstung von Abbiegeassistenzsystemen in LkW wollen wir weiter fördern, um schnell eine möglichst vollständige Abdeckung zu erreichen.

Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für

die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik anpassen.

Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden. Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte. Wir streben zudem die Harmonisierung der europäischen Regeln für Umweltzonen an.

Im unteren Luftraum müssen sich neue Mobilitätsformen daran messen lassen, welchen Nutzen sie für die Gesellschaft haben. Wir setzen uns deshalb für Regelungen ein, die diese nur im Einklang mit dem Schutz von Menschen, Natur und Umwelt und unter hohen Sicherheitsanforderungen erlaubt. Das Recht der Kommunen, sich aktiv an der Planung und Ausgestaltung von Lufträumen für den Drohnenbetrieb über ihrem Territorium zu beteiligen, wollen wir stärken.

9. Intakte Natur

Unsere Natur bewahren

Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft, unser Überleben hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den nahezu unberührten Wäldern Nord- und Südosteuropas, über unzählige Seen und vielfältige Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent steht.

Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den vergangenen Monaten große Durchbrüche erzielt:

Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land und auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine deutlich

verbesserte Naturschutzfinanzierung und eine Ausrichtung der Agrar- und Fischereisubventionen auf eine ökologische Nutzung sind zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds im EU-Haushalt ein. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem umfassenden Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir arbeiten hin auf eine schnelle und vollständige Umsetzung der Ziele und Zwischenziele. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken, wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von Umweltverbrechen unterstützen wir die Reform der EU-Umweltstrafrechts-Richtlinie sowie die Ächtung von schwersten Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des internationalen Strafgerichtshofs. Gleichzeitig setzen wir uns in Deutschland und in der EU dafür ein, eine weitere Versiegelung von Agrar-, Wald- und Naturböden europaweit schnell und konsequent zu verringern mit dem Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft.

Artenvielfalt retten

Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise - das rasante Artensterben - die zweite globale Krise, die unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit bedroht. Beide Krisen bedingen einander. Wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit, Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicherung sowie der Erholungsfunktion sind bedroht. Gleichzeitig ist eine intakte Natur unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen daher gemeinsam gedacht werden. Deshalb verbinden wir die schnellere Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und den Ausbau von Erneuerbaren Energien mit der Einhaltung höchster ökologischer Schutzstandards, insbesondere der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie.

Um Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu begegnen, wollen wir besonders den natürlichen Klimaschutz fördern. Wir Schlüsselelemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau, der auch Tiere und Pflanzen schützt, und effektiver Meeresschutz.

Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die Ozeane zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten

und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen und der Schutz insbesondere von Schlüsselarten, die für das Funktionieren der Lebensgemeinschaften essentiell sind, müssen deshalb immer mit hoher Priorität berücksichtigt werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Das schont unsere Böden ebenso wie Tiere und Pflanzen und erhöht die Biodiversität. Die Wälder Europas sind stark gefährdet durch die Folgen der fortschreitenden Klimakrise. Wir setzen uns ein für die Abkehr von einer monokulturellen Bewirtschaftung, deutlich weniger Pestizideinsatz und für eine naturnahe Umgestaltung vorrangig auf Basis von Naturverjüngung. Den wertvollen Altbestand an Wäldern in Europa wollen wir erhalten und 10% der Wälder Europas für eine natürliche Entwicklung bereitstellen. Illegale Rodungen und Kahlschlag müssen beendet werden. Stattdessen soll Wiederbewaldung gezielt gefördert werden. Dafür braucht es europaweit einheitliche ökologische Mindeststandarts für die Forstwirtschaft. Naturholz ist ein vielfältig einsetzbarer Rohstoff für Bauen und Wohnen, der zu wertvoll ist, ihn in Großkraftwerken zu verbrennen. Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit und Hitze brauchen wir außerdem eine

europäische Waldbrandstrategie, die durch umfassende präventive Maßnahmen, naturnahe Wälder,
die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen, Waldbesitzer*innen
und Förster*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.

Das Montrealer Weltnaturabkommens wollen wir durch einen globalen Umsetzungsmechanismus mit
konkreten Instrumenten voranbringen. Das Ziel ist, die Natur auf 30% der Erdoberfläche wirksam zu schützen und 30% der bereits beanspruchten Fläche zu renaturieren. Hierzu müssen

die von der EU zugesagten Finanzmittel rasch, wirksam und partnerorientiert eingesetzt werden. Globale Biodiversitäts-Partnerschaften sollen umfassende Kooperationen zum Schutz der Ökosysteme und der Renaturierung ermöglichen - auch zusammen mit zivilgesellschaftlichen
und kommunalen Akteuren.

Umwelt schützen

Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie belastet die Ökosysteme und unsere Gesundheit. Eine zentrale Rolle spielt dabei Umweltbelastung durch Chemikalien und Plastikmüll. Wir wollen dafür sorgen, dass auch hier die planetare Grenzen eingehalten werden. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen sogenannte Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS). Diese werden seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten, Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden. Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen wir die Produktion von wichtigen Zukunftstechnologien weiterhin sicherstellen, aber zugleich durch eine Forschungsoffensive den Ersatz von PFAS auch in diesen Bereichen beschleunigen und die Forschung und Entwicklung giftfreier Produktionsmethoden stärken. Dabei orientieren wir uns am neusten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt. Außerdem braucht es wirksame Strategien, die umweltschädlichen Auswirkungen von Chemikalien gemäß des Weltnaturabkommens bis 2030 zu halbieren. Um wichtige Umweltgüter besser zu schützen, wollen wir die Umwelthaftungsrichtlinie verbessern und das Verursacherprinzip umsetzen.

Wir setzen uns in der EU für ambitionierte internationale Abkommen und Kooperationen ein, um

globale Verschmutzung und umweltbelastende Praktiken einzudämmen. Unser Ziel ist es, im Rahmen der Kreislaufwirtschaft auch ein internationales Chemikalienrecht zu etablieren, das Risiken nach dem Vorsorgeprinzip berücksichtigt und die Produktion von nachweislich schädlichen Substanzen reguliert. Den Export von in der EU verbotenen Pestiziden in andere Länder lehnen wir ab.

Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen. Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs

von
Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte Industriepolitik.

Sauberes Wasser für alle

Mit der fortschreitenden Klimakrise nehmen auch in Europa extreme Dürren und Starkregenereignisse deutlich zu.. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren, regional hat das zum Teil katastrophale Folgen. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Wir brauchen Landschaften, Dörfer und Städte, die Wasser im Boden speichern, um uns durch die heißen und trockenen Sommer zu bringen. Sauberes Wasser für alle ist ein Grundrecht. Wir verringern den Wasserverbrauch durch die Förderung klimaangepasster Landbewirtschaftung, schützen Feuchtgebiete, renaturieren Gewässer, wiedervernässen die Moore und wollen immer mehr Flüsse wieder frei fließen lassen. Sauberes Wasser erhalten wir auch, indem wir die Schadstofflast im Wasser etwa durch Quecksilber oder PFAS reduzieren und das Verursacherprinzip bei den Einträgen von Schadstoffen und bei der Abwasserreinigung weiter stärken. Neben dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie noch im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden, um europaweit eine gute Qualität der Flüsse und Seen zu erreichen und die Übernutzung von Grundwasser und die dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

Um die Folgen der Klimakrise stemmen zu können, wollen wir die Finanzmittel für die europäische Klimaanpassungsstrategie aufstocken, inklusive eines europäischen Hitzeaktionsplans für sektorübergreifende Maßnahmen, von Warnstufen bis zu infrastrukturellen Anpassungen. Der Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes ist notwendig, um die zunehmenden Extremereignisse zu bewältigen.

Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse reduzieren wir indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben, durch eine Entsiegelungsoffensive sowie mehr Regenwasserspeicher. In den ländlichen Regionen unterstützen wir die Landwirtschaft bei der Schaffung eigener Wasservorräte durch die Entwicklung von Schwammlandschaften, in denen Wasser als Reserve für Dürrezeiten, zur Auffüllung des Grundwassers und für weitere Nutzungen wie Paludikultur, Fischzucht und als Freizeitgewässer angestaut wird. In den Städen helfen Grünflächen, Bäume, und Hausbegrünungen. Der Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung, verbessert die Luftqualität und steigert die Biodiversität. So bereiten wir unsere Städte besser auf die Folgen der Klimakrise vor.

Wir brauchen europaweite Kooperationen, klare Grenzwerte und Regeln die dafür sorgen, dass länderübergreifende Wasserkrisen, wie an der Oder, zukünftig verhindert werden. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Den geplanten Oderausbau zu Verkehrszwecken wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten verhindern, weil dieser

einen der letzten naturnahen und freifließenden Flüsse Europas gefährdet. Und wir setzen uns für einen verbindlichen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder landwirtschaftlicher Nutzung ein. Wasser gehört allen Menschen und ist kein Spekulationsobjekt. Daher lehnen wir die Privatisierung der Wasserversorgung ab.

Die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der Landschaft werden wir in den Mittelpunkt stellen und durch Regeln und Anreize stärken, ob im Ackerbau durch trockenheitstolerante Kulturen oder Humusaufbau, im Gemüsebau durch Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen, laubholzorientierten Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch sparsamere Prozesse, geschlossene Wasserkreisläufe, beschränkte Wasserentnahme, Kaskadennutzung und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den trockenen Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

Tiere schützen

Wir ergreifen auch für Tiere konsequent Partei. Die Gesellschaft hat eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein. Wir folgen diesem Wunsch und machen uns für Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark. Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Internationale Artenschutzabkommen, insbesondere CITES und alle seine Anhänge, sind konsequent in der EU umzusetzen. Den kommerziellen Wildtierhandel wollen wir effektiv unterbinden. Dabei sollen gezielte Forschungs- und Artenschutzprogramme wissenschaftlicher Einrichtungen und sachkundiger Personen zu nichtkommerziellen Zwecken hauptsächlich mit dem Ziel der Auswilderunge ermöglicht und die Haltung der Tiere verbessert werden. Der Import und Handel von illegal aus dem Herkunftsland exportierten Exemplaren soll unter Strafe gestellt werden.Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. Tierheime wollen wir unter anderem entlasten durch die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen sowie eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Exoten. In Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein. Den Import von tierischen Produkten, bei denen Bedingungen nach EU-Tierschutzstandard nicht nachgewiesen wurden, wollen wir

beenden.
Wir wollen Tierschutz zu einem Ziel der nachhaltigen Entwicklung machen.

EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die die Experimente an Tieren für Kosmetik konsequent, für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte
wo immer möglich beenden. Für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung soll die Anzahl der Tierversuche reduziert werden. Tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen sollen gefördert werden. Die Entwicklung, Anerkennung und breite Anwendung von tierfreien Methoden in der Praxis wollen wir verstärken und beschleunigen. Sie sollen nach Anerkennung unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle

von Tierversuchen treten. Dort wo noch nicht vollständig auf Tierversuche verzichtet werden kann, müssen sie für die Tiere so schonend wie möglich umgesetzt werden. Die in der EU geltenden Standards sollen auch für Importe aus anderen Teilen der Welt gelten.

10. Eine starke Landwirtschaft

Gemeinsame Agrarpolitik neu aufstellen

Landwirt*innen versorgen uns in Europa mit einer Vielfalt an wertvollen Lebensmitteln. Gleichzeitig prägt die Landwirtschaft unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen eine Landwirtschaft stärken, die im Einklang mit der Natur wirtschaftet, im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

Deshalb streben wir eine grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik an, bei der konsequent Leistungen für das Gemeinwohl insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden,
Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche. Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von Eiweißpflanzenn und extensive Grünlandwirtschaft. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein, Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den vor Ort arbeitenden Landwirt*innen - gerade auch kleineren Betrieben - ankommen. Ein guter Ansatz sind Stufen- und Punktesysteme, die eine klare Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische Maßnahmen sowie regenerative Systeme wie z.B. Agroforstsysteme haben und mehrjährige Maßnahmen fördern und Betriebe als System betrachten. Tierschutzförderung solle verpflichtend von den Mitgliedsstaaten in ihren Strategieplänen angeboten werden, wir wollen zusätzliche Anreize für extensive Weidehaltung schaffen. Ein sich weiter entwickelnder Ökologischer Landbau soll das Leitbild der europäischen Agrarpolitik werden. Wir fordern eine klare Ausrichtung an den Zielen der Farm to Fork-Strategie und des Nature Restauration Law.

Bei der Förderung ländlicher Räume wollen wir neben der notwendigen Infrastruktur für ein gutes Leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt den Fokus auf den (Wieder-)Aufbau einer dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, regionalen Wertschöpfungsketten sowie die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe und die Stärkung von

Erzeugergemeinschaften legen. Auch im Energiebereich gibt es noch neue Potentiale für mehr Wertschöpfung z.B. durch Agri-Photovoltaik oder indem landwirtschaftliche Maschinen als Stromspeicher in der Energiewende genutzt werden.

Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen in der Landwirtschaft sind wir auch auf weitere Innovation angewiesen. Die Digitalisierung kann helfen, die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Beispielsweise durch GPS-gesteuerte Hackgeräte oder bei der Düngung. So können Düngemittel und Pestizide eingespart werden. Wir wollen dabei die Rechte der Landwirt*innen schützen, wenn es um die von ihnen erhobenen Daten und um den Zugang zu der Software ihrer Maschinen geht („right to repair“).

Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft tätigen Frauen und Männern, insbesondere auch Quereinsteiger*innen und Existenzgründer*innen, eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller - auch digital durch Produktpässe und Lieferkettenmonitoring - und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit fördern wir auch lokale Vertriebswege für Lebensmittel.

Landwirt*innen müssen gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel in der Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

Gute Lebensmittel für alle

Essen ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Ernährung ist maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume, denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und regionale Identität.

Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir setzen uns daher ein für europaweite verbindliche Labels, um nachhaltige, regionale, und pflanzliche Ernährung zu unterstützen. Eine verpflichtende Kennzeichnung zur Haltung der Tiere wollen wir im europäischen Binnenmarkt einführen. Dagegen soll irreführenden Praktiken mit privaten Labeln, die etwa für angeblich klimaneutrale Produkte werben, im Rahmen der EU-Green Claims Verordnung ein Riegel vorgeschoben werden.

Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig - nach dem Vorbild des Planetery Health Ansatzes - zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen

Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. Mit kontinuierlich steigenden Bioanteilen aus regionaler Erzeugung in der Gemeinschaftsverpflegung werden verlässliche Absatzmärkte für den Ökolandbau ausgebaut. So schaffen wir eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir vergrößern und leichter zugänglich machen und die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Das ist auch wichtig zum Erreichen der Klima- und Artenschutzziele. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und Markteinführung. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei Gemüse, Nüssen und pflanzlichen sowie alternativen Proteinen erhöht. Die Erforschung und Entwicklung von modernen Fermentationsverfahren und Zellkultivierung unterstützen wir in neuem Maße zur Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel und für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Europa.

Wir befürworten eine Landwirtschaft, die ressourcenschonend und naturverträglich arbeitet und sich am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden orientiert.

Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Auch neue gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft sollen hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und Folgen erforscht werden. Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Es gilt, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützen. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Damit sichern wir die Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll. Wir setzen uns deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

Landwirtschaft ökologisch gestalten

Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu sichern. In Zeiten der Klimakrise, von Dürren, Bränden, Stürmen und Starkregen rücken

widerstandsfähige Anbausysteme in den Mittelpunkt aller landwirtschaftspolitischen Maßnahmen. Dazu gehört es, die Bodenfruchtbarkeit und -gesundheit zu verbessern, mehr CO2 zu binden als auszustoßen, eine größere Vielfalt an Kulturen und Sorten auf den Äckern anzubauen und den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln so stark wie möglich einzuschränken. Wir orientieren uns an den Kriterien der Regionalität, Kreislaufwirtschaft und Agrarökologie sowie dem Leitbild ökologische Landwirtschaft. Unser Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen und diesen Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent der Mittel, die für die landwirtschaftliche Forschung und die ländliche Entwicklung ausgegeben werden, für die Weiterentwicklung und Förderung der Ökologisierung der Landwirtschaft und innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette, ebenso wie für ökologische Züchtungsforschung. Das EU-Biosiegel und seine Anwendung wollen wir verbessern - etwa bei der Tierhaltung. Ökobetriebe sollen keine Doppelnachweise mehr führen müssen, sondern auf Grund ihrer Umweltleistungen als "green per definition" gelten.

Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

Der starke Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht ausreichend umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele und Zulassungsverfahren der EU auf wissenschaftlicher Basis überarbeitet werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe. Trotz des Rückschlags der Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die Europäische Kommission, kämpfen wir weiter für ein schnelltmögliches Glyphosatverbot in Europa.

Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden erlauben. Bei den Genehmigungsverfahren für Pestizide müssen die entscheidenden Behörden unabhängiger von den antragstellenden Herstellern und ihren Angaben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Außerdem müssen für weitere gefährdete Tiergruppen Risikoabschätzungen entwickelt und berücksichtigt werden. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die konsequente

Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den Verkehr bringen, für entstandene Schäden zum Beispiel im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft haften.

Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern zurückfahren
und die Böden wieder zu Senken von CO2 machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Moorböden, Aufbau von Humus in Ackerböden und den Aufbau von Holzmasse in Agroforstsystemen ein – mit
stabilen Einkommensperspektiven für Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten.

Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist wichtig, dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen (Paludikultur) und fördern auch die Produktion von Rohstoffen für klimafreundliche Bau- und Dämmstoffe sowie für die Erdenindustrie und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Wir wollen die Nutzung von wiedervernässten Moorböden im Rahmen der GAP fördern und klimaschädliche Subventionen abbauen. Moore sind echte Klimaschützer, da hier deutlich mehr Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Die Weidewirtschaft mit Mutterkuhhaltung stellt eine der tierfreundlichsten Haltungsformen dar und leistet einen Beitrag zum Artenschutz. Auch deshalb wollen wir sie stärker unterstützen.

Agroforstsysteme, bei denen landwirtschaftlich beackerte oder beweidete Flächen mit Baum- und Strauchbestand kombiniert wird, sind sowohl mit ökologischer als auch mit konventioneller Landwirtschaft realisierbar. Sie haben eine wichtige Bedeutung für den Klimaschutz, die Bodenfruchtbarkeit, den Wasserhaushalt und die Biodiversität und damit auf die Entwicklung resilientere Ökosystem. Durch die Diversifizierung von Betriebszweigen entsteht eine größere Einkommenssicherheit für Landwirt*innen. Damit die vielen positiven Effekte realisiert werden können, wollen wir Hemmnisse abbauen, ihre Erforschung und eine breitere Anwendung in der Praxis fördern und weiterentwickeln.

Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme und setzen uns für eine schnellere und vollständige Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein. Auch bei der Nutzung der Meere müssen die planetaren Grenzen eingehalten werden.. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetzfischerei und gehen gegen umweltschädliche Fangmethoden sowie die überhöhten Einträge von Düngemitteln und Schadstoffen vor.

Tiere gut halten

Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und nachhaltig erzeugte, wertvolle Lebensmittel liefern kann. Ziel ist schnellstmöglich eine flächengebundene Tierhaltung zu erreichen, dabei unterstützen wir die landwirtschaftlichen Betriebe. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die industrielle Tierhaltung dagegen schafft großes Tierleid und gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische Erreger, multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung, Artenverlust, Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und zu hohe Klimagasemissionen – wenn wir Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

Die Zahl der Tiere, die wir in der europäischen Landwirtschaft halten, muss sich zukünftig am Klimaschutzabkommen von Paris orientieren. Deshalb wollen wir weniger Tiere halten, ihre Haltungsbedingungen deutlich verbessern und die Züchtung stärker auf Tiergesundheit ausrichten.
Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards bei Zucht, Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen.
Entsprechend soll die Förderkulisse auf eine flächengebundene Tierhaltung ausgerichtet werden und weide- und grünlandgebundene Haltung besonders unterstützt werden. Ziel ist es, dass die Tiere erheblich mehr Platz sowie ganzjährig Außenzugang erhalten und nicht mehr auf Vollspaltenböden stehen müssen. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengenraums. Das stärkt auch die lokale Verarbeitung. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle und setzen uns für bessere, verbindliche Betäubungsmethoden, auch für Fische, Krebse, Hummer und Tintenfische ein. Zudem wollen wir die Schlachtung im Herkunftsbetrieb ermöglichen, wenn ein Befähigungsnachweis vorliegt und ein Tierarzt anwesend ist. Die Tötung von Küken gehört EU-weit verboten.

Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten sein. In der Tierzucht wollen wir die künstliche Stimulierung durch Hormone aus Pferdeblut beenden.